



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die Medien

03.07.02

Das Krisenzentrum Hörde ist derzeit unverzichtbar

Der Haushalt der Stadt Dortmund wird seit Jahresbeginn vorläufig bewirtschaftet. Dies hat zur Folge, dass lediglich 90% der vertraglich oder gesetzlich gebundenen Leistungen ausgezahlt werden können. Deshalb hatte das Sozialdezernat die Wohlfahrtsverbände als Empfänger städtischer Zuschüsse aufgefordert, gegenüber der Sozialverwaltung deutlich zu machen, wie die 10prozentige Mittelkürzung von ihrer Seite aufgefangen werden soll.

Vor diesem Hintergrund hat Sozialdezernent Pogadl den Vorschlag gemacht, das Krisenzentrum Hörde zu schliessen. Die Arbeit des Krisenzentrums, so seine Begründung, könnte angesichts der gesetzlichen Veränderungen durch das Psychotherapeutengesetz von niedergelassenen Psychotherapeuten übernommen werden.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN erteilen dieser Idee eine Absage. „In der Situation in der auf unsere Initiative hin ein neues Gesamtkonzept für den Krisen- und Notfalldienst in Dortmund erarbeitet wird, ist es abwegig eine Einrichtung zu schliessen, die einzigartig für die Akutversorgung von Menschen in Krisen ist“, wertet Birgit Unger, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion.

Das Krisenzentrum Hörde wird seit 24 Jahren vom Krankenhaus Bethanien betrieben. Es versorgt jährlich rund 1.200 Menschen in akuten, psychosozialen Krisensituationen in enger Kooperation mit Psychiatern, allgemeinen Krankenhäusern, Polizei und Feuerwehr. Das Krisenzentrum arbeitet sehr niederschwellig, auch ohne Krankenkarte. Mit 46 Stunden wöchentlicher Öffnungszeit, mittwochs und freitags bis 20 Uhr ist die Einrichtung gut erreichbar. Es gibt keine Wartezeiten, jeder hat spätestens am 3. Tag einen Termin.

„Das in Rede stehende Psychotherapeutengesetz,“ so Birgit Unger, „regelt eine Krankenbehandlung. Ohne das Krisenzentrum gäbe es nur die Möglichkeit zu stationärer Krisenintervention in psychiatrischen Kliniken. Zudem gibt es für die niedergelassenen Psychotherapeuten keinen Abrechnungsmodus für Krisenintervention und die Wartezeiten dauern bis zu einem Jahr. Bei suizidgefährdeten Menschen und in gewalttätigen Situationen fragen die Therapeuten oft selber die Unterstützung des Krisenzentrums an.“

Die Empfehlung von Sozialdezernent Pogadl hätte die Schliessung der Einrichtung zur Folge. Die städtischen Zuwendungen für das Zentrum in Höhe von 116.000 Euro könnte der Träger



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

nicht auffangen. Das Zentrum erhält zusätzlich als Ehe-, Lebens- und Familienberatungsstelle ca. 125.000 Euro Landesmittel, die dann auch verloren gingen.

Das Krisenzentrum sieht sich weiterhin als Baustein im Krisen- und Notfalldienst. Deshalb sollten hier keine voreiligen Entscheidungen fallen, die die Existenz der Einrichtung gefährden. Die Fraktion wird mit Blick auf die Beratung des künftigen Gesamtkonzepts für die Krisen- und Notfallversorgung im September einen entsprechenden Antrag in der Juli- Sitzung des Sozialausschusses stellen.“